Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7521

28. 06. 90

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Sondersitzung der Versammlung der Westeuropäischen Union am 22. und 23. März 1990 in Luxemburg

Während der Tagung am 22. und 23. März 1990 erörterte die Versammlung der WEU den Bericht des Politischen Ausschusses zum Thema „Die Schaffung einer gerechten Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa — die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und daraus resultierende Perspektiven".

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der deutschen Mitglieder der Versammlung sowie der Text der verabschiedenten Empfehlung sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten zusammengefaßt wiedergegeben. Die Ansprache des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, und seines polnischen Amtskollegen Krzysztof Skubiszewski sind ebenfalls im Wortlaut abgedruckt.

Neben den beiden genannten Ministern sprachen der amtierende Ratsvorsitzende, der belgische Außenminister Mark Eyskens, der luxemburgische Außenminister, Jacques F. Poos, sowie der italienische Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten, Claudio Vitalone. Zu der Versammlung sprachen weiterhin der Direktor der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion, Valentin Falin, die Präsidentin der luxemburgischen Abgeordnetenkammer, Erna Hennicot-Schoepges, der Generalsekretär der WEU, Willem van Eekelen und der Präsident der Versammlung der WEU, Charles Goerens.

An der Tagung nahmen parlamentarische Beobachter aus Dänemark, Luxemburg, Kanada, Norwegen, Portugal, Spanien und der Türkei sowie aus Jugoslawien, Polen und Ungarn teil.

Schwerpunkte der Beratungen

Vor Beginn der Debatte ging der Präsident der Versammlung, Charles Goerens, in seiner Ansprache auf die politischen Veränderungen in Osteuropa und deren Auswirkungen auf die WEU, insbesondere in Fragen der europäischen Sicherheit ein. Er setzte sich dafür ein, zu überprüfen, welche Rolle die WEU bei der Schaffung einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa spielen könne. Er verwies dabei auf die Bedeutung der WEU als europäischem Pfeiler des Bündnisses. Der Präsident sprach sich dafür aus, die Frage der deutschen Einheit nicht losgelöst, sondern im gesamteuropäischen Kontext zu sehen, da die Wiedervereinigung ganz Europa betreffe. Abschließend setzte sich der Präsident für eine Fortsetzung der bestehenden Zusammenarbeit von Rat und Versammlung in der WEU ein, um die Rolle der WEU im gegenwärtigen politischen Prozeß weiter zu stärken.

Die Tagung der Versammlung war gekennzeichnet durch die Debatte zum Thema „Die Schaffung einer gerechten Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa — die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und daraus resultierende Perspektiven". Ausgehend vom Bericht des Politischen Ausschusses, den die Abgeordneten überwiegend positiv aufnahmen, wurde die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Friedensordnung in Europa angesichts des politischen Wandels in Osteuropa mehrheitlich bejaht. Im Verlauf der Diskussion wurde die veränderte Rolle der militärischen Bündnisse, die notwendige Anpassung der Bündnisstrategien an die gegenwärtige politische Entwicklung und die Möglichkeit der Auflösung von NATO und Warschauer Pakt angesprochen. Während einige Abgeordnete die Auflösung der Bündnisse für möglich hielten, sprachen sich andere für ein Festhalten an den bestehenden Bündnissen aus, um die Stabilität in Europa nicht zu gefährden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Debatte war die veränderte Rolle der Westeuropäischen Union im gegenwärtigen Prozeß der politischen Annäherung und militärischen Abrüstung in Europa. Die Abgeordneten sprachen sich für eine Stärkung der WEU als einziger europäischer Verteidigungsorganisation aus und begrüßten die Fortschritte auf dem Weg zu einer politischen Einigung Europas. Einige Abgeordnete wiesen auf die besondere Bedeutung des KSZE-Prozesses für die Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung hin. Zur Institutionalisierung der KSZE wurde der Vorschlag unterbreitet, anstelle der Schaffung einer eigenen KSZE-Verwaltungsorganisation die Menschenrechtsfragen im Europarat, die Wirtschaftsfragen in der OECD und die Sicherheitsfragen in der WEU unter Mitwirkung der USA, der UdSSR und Kanadas, zu behandeln.

In der Debatte wurde außerdem von zahlreichen Abgeordneten die Frage der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten angesprochen. Die Abgeordneten begrüßten die gegenwärtige Entwicklung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Die Versammlung sprach sich in diesem Zusammenhang mehrheitlich gegen die Neutralität Deutschlands und für ein weiteres Verbleiben im westlichen Bündnis aus. Die Abgeordneten befürworteten

überdies die Einbindung des Prozesses der Wiedervereinigung Deutschlands in den gesamteuropäischen Einigungsprozeß. Nach Abschluß der Debatte wurde der Bericht des Politischen Ausschusses mit der darin enthaltenen Empfehlung von den Abgeordneten mit großer Mehrheit verabschiedet.

Einer der Höhepunkte der Tagung war die Ansprache des polnischen Außenministers Krzysztof Skubiszewski. Eingangs unterstrich er die wichtige Rolle der WEU innerhalb der sicherheitspolitischen Struktur Europas. Die Entwicklungen in Osteuropa hätten die politische Landkarte verändert und die Aufgabe der Europäer sei es nun, eine neue Friedens- und Sicherheitsordnung zu schaffen. Europa befinde sich in einem dynamischen Prozeß, die Teilung Europas bestehe nicht mehr fort. Polen unterstütze diesen politischen Prozeß und wünsche Veränderungen unter Wahrung der Stabilität in Europa. Die traditionellen Sicherheitsstrukturen seien der veränderten politischen Situation nicht gewachsen. Deshalb müsse auf ein Konzept pan-europäischer Beziehungen hingewirkt werden, ohne die Notwendigkeit eines stabilen Rahmens für den Übergang zu übersehen. Das Ziel sei ein neues Sicherheitssystem, das den Prinzipien des internationalen Rechts, des Gewaltverzichts, der Nichteinmischung, des Selbstbestimmungsrechts, der Menschenrechte und der Unantastbarkeit der Grenzen verpflichtet sei. Das letzte Prinzip gelte insbesondere für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, die nur innerhalb der bestehenden Grenzen erfolgen dürfe.

Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, ging ebenfalls auf die durch die Demokratisierungsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten hervorgerufenen grundlegenden Veränderungen in Europa ein. Angesichts der durch die politische Entwicklung veränderten Bedrohungslage sprach er sich für eine konsequente Fortsetzung der begonnenen Abrüstungspolitik aus. Er begrüßte es, daß die WEU-Versammlung, die in den letzten Jahren ein wichtiges Forum zur Erörterung aktueller Fragen der europäischen Sicherheit geworden sei, in ihrer politischen Arbeit den Veränderungen in Europa Rechnung trage. Er unterstrich, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in der Perspektive der europäischen Integration, des KSZE-Prozesses, der Ost-West-Stabilität und der Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu sehen sei. Zur deutschen Einheit erklärte er, daß diese in den heute bestehenden Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR hergestellt werden müsse. Er verwies darauf, daß die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze an Oder und Neisse eine grundlegende Bedingung für den Frieden in Europa sei. Es stehe außer Zweifel, daß die Vereinigung Deutschlands neben den polnischen Interessen die Sicherheitsinteressen aller Staaten in Europa berücksichtigen müsse. Der Außenminister unterstrich die Bedeutung des KSZE-Prozesses und setzte sich für dessen Institutionalisierung sowie die Entwicklung gesamteuropäischer Institutionen im Rahmen der KSZE ein.

Der Direktor der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion, Valentin Falin, ging

in der Frage der deutschen Einheit ausführlich auf historische Zusammenhänge ein und beschäftigte sich mit der negativen Haltung der westlichen Alliierten zur Wiedervereinigung Deutschlands, die diese in internen Protokollen nach Ende des 2. Weltkrieges vertraten. Was die gegenwärtige Haltung der UdSSR zu dieser Frage betreffe, so begrüße sie eine endgültige Regelung des deutschen Problems. Die Deutschen müßten selbst über die staatliche Form der Einheit entscheiden. Dabei müßten aber auch die Interessen und Rechte der anderen Nationen, vor allem auch der UdSSR, berücksichtigt werden. Da es noch keinen Friedensvertrag gebe, sei das Selbstbestimmungsrecht der beiden deutschen Staaten in die geltenden Viermächte-Regelungen eingebunden. Ohne einen Friedensvertrag könne kein Schlußstrich unter den 2. Weltkrieg gezogen werden. Der Abschluß eines Friedensvertrags sei notwendig, um die provisorischen Strukturen in Europa zu überwinden und die Sicherheit in ganz Europa zu garantieren. Abschließend ging er auf die Möglichkeit der Schaffung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen ein. Nach seiner Auffassung werde die Umgestaltung von NATO und Warschauer Pakt und die nachfolgende Schaffung einer neuen europäischen Verteidigungsstruktur mit entsprechenden Behörden einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren in Anspruch nehmen.

Der amtierende Ratsvorsitzende, der belgische Außenminister Mark Eyskens, befaßte sich mit den politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und der Einheit Deutschlands im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses. Dabei unterstrich er die bedeutende Rolle der WEU bei der Schaffung einer gerechten Friedens- und Sicherheitsordnung in ganz Europa. Die westliche Allianz müsse dabei erhalten bleiben und sich in ihrer Bündnisstrategie der veränderten Sicherheitssituation anpassen. Insgesamt müsse das westliche Bündnis, in dem die Europäer ein wichtiger Teil seien, europäischer werden. Im Zusammenhang mit der deutschen Einheit, die alle europäischen Länder betreffe, betonte der Außenminister, daß die Wiedervereinigung das europäische Gleichgewicht nicht in Frage stellen dürfe. Er sprach sich gegen ein neutrales Deutschland und für Sicherheitsgarantien und vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber der UdSSR aus. Abschließend unterstrich er die Bedeutung des KSZE-Prozesses und befürwortete die Institutionalisierung der Konferenz mit Hilfe einer eigenen Verwaltungsstruktur.

Bonn, 23. April 1990

Dr. Ahrens	**Böhm (Melsungen)**
Sprecher	Stellvertretender Sprecher

Donnerstag, 22. März 1990

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Präsidenten der Versammlung der WEU, Charles Goerens (Luxemburg)

(Themen: Auswirkungen der politischen Veränderungen in Osteuropa auf die WEU — Rolle der WEU bei der Schaffung einer neuen Sicherheits- und Friedensordnung in Europa — WEU als europäischer Pfeiler des westlichen Bündnisses — Frage der deutschen Einheit im gesamteuropäischen Kontext — Bedeutung der Zusammenarbeit von Rat und Versammlung in der WEU)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des belgischen Außenministers und amtierenden Ratspräsidenten der WEU, Mark Eyskens

(Themen: Entwicklung in Mittel- und Osteuropa — Überwindung der Teilung Europas — WEU als einzige europäische Verteidigungs- und Sicherheitsorganisation — Rolle der WEU bei der Schaffung einer gerechten Friedens- und Sicherheitsordnung in ganz Europa — künftige Bedeutung von NATO und Warschauer Pakt — Einbindung der deutschen Wiedervereinigung in den gesamteuropäischen Einigungsprozeß — Verstärkung und Institutionalisierung des KSZE-Prozesses)

Tagesordnungspunkt:

Die Schaffung einer gerechten Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa — die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und daraus resultierende Perspektiven

(Drucksache 1216)

Berichterstatter: Abg. Pontillon (Frankreich)

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Präsident, ich möchte dem Herrn Berichterstatter für seinen sehr umfassenden Bericht danken. In den meisten Wertungen schließe ich mich seinen Positionen an, aber es gibt Punkte, wo ich nicht mit ihm übereinstimme. Einer dieser Punkte ist der Punkt Nr. 26. Hier ist die Position, die die deutsche Sozialdemokratie gegenüber den Fragen einer Einbindung eines vereinigten Deutschlands in europäische Sicherheitsstrukturen hat, nicht richtig wiedergegeben. Wie auch immer bei uns die Mehrheit der Bevölkerung zu Themen wie Neutralität oder Bündniszugehörigkeit abstimmen wird, die große Mehrheit der politischen Kräfte in der Bundesrepublik sind gegen eine **Neutralisierung Deutschlands**, und dies ist auch von der SPD immer erklärt worden. Wir haben gesagt, keine logische Sekunde darf ein solches vereinigtes Deutschland, wie auch die bisherigen deutschen Teilstaaten, ohne europäische Bindung sein und ohne die Beachtung der internationalen Verpflichtungen. Aber es gibt Bindungen, die sich auf Dauer ausschließen. Und man kann sich eben auf Dauer nicht vorstellen, daß der eine Teil Deutschlands, die Bundesrepublik, zur NATO und zur WEU gehört, und der andere Teil Deutschlands zum Warschauer Pakt, und beide Bündnisse behalten ihre militärische Konfrontation bei, ihre militärischen Optionen. Es wird in der Bevölkerung natürlich in dieser Entwicklung, wie sie seit dem letztem Jahr eingetreten ist, als zunehmend absurd empfunden, daß nukleare Kurzstreckenraketen, sei es vom Westen aus Dresden oder Berlin erreichen oder vom Osten aus westliche Städte. Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern das, so meine ich, gilt für alle Länder der europäischen Zentralregion. Und deswegen muß es neue Überlegungen geben. Die werden natürlich nicht sofort die Bündnisse ablösen können. Darüber besteht überhaupt kein Zweifel, aber wenn wir ein **gesamteuropäisches Sicherheitssystem** anstreben, zu dem sowohl die USA wie Kanada wie auch die UdSSR gehören, dann ist es sicherlich so, daß wir jedenfalls dieses System jetzt anstreben sollen, daß wir einen ersten Einstieg machen, ohne daß dann gleich schon die Bündnisse aufgehoben werden.

Zur Situation der Bündnisse muß man sagen, sie müssen ihren Charakter ändern, sie müssen überwiegend Abwicklungsorganisationen der Abrüstung werden, sie werden gleichwohl ihre politischen Funktionen noch über eine Reihe von Jahren behalten, wenn man an die ganzen Probleme denkt, die außerhalb Europas bestehen, wenn man hier an bestimmte Krisengebiete denkt, die auf europäische Entwicklungen einwirken können. Dies ist völlig klar. Aber Konfrontationen müssen abgebaut werden und Optionen, die von jeweils der einen oder anderen Seite als offensiv angesehen werden, müssen auch abgebaut werden. D. h. die **Helsinki II-Konferenz,** die der sowjetische Präsident für den Herbst dieses Jahres angestrebt hat, muß im Grunde **drei Mandate** erteilen: ein Mandat — immer vorausgesetzt, die ersten Wiener Verhandlungen über konventionelle Truppenreduzierung sind erfolgreich — ein Mandat über eine zweite Phase der Wiener Verhandlungen mit drastischen Reduzierungen, die dann auch insbesondere die Truppen, sowohl der heutigen Bundesrepublik wie der DDR umfassen, ein Mandat über die Beseitigung der atomaren Kurzstreckenraketen aus der europäischen Zentralregion und ein drittes Mandat, das einen Einstieg versucht, in eine Sicherheitsstruktur auf der Basis der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit mit dem notwendigen Fundament, auch mit den politischen Handlungsmöglichkeiten, die für ein solches gesamteuropäisches Sicherheitssystem notwendig sind. Ich füge hinzu, und ich spreche sicherlich auch für Kolleginnen und Kollegen, die anderen Fraktionen im Bundestag

angehören: es ist für eine Reihe von Jahren nicht nur denkbar, sondern sehr wahrscheinlich, daß einem vereinten Deutschland besondere Sicherheitsauflagen gemacht werden. Dies gilt insbesondere natürlich für die Weitergeltung des Verzichts auf die **Produktion und die Verwendung von A-, B- und C-Waffen.** Das ist völlig richtig. Aber man wird nicht auf Dauer ein vereinigtes Deutschland in einer absoluten militärischen Sondersituation belassen können. Dies fördert nicht nur nach innen den Nationalismus, sondern trägt auch dazu bei, daß dann faktisch eine Neutralisierung eintritt, die wir alle ablehnen. Und wir wollen nicht die Situation, daß wir zurückkehren zu den bilateralen Bündnissen der Zwischenkriegszeit. Wir wollen weder ein Rapallo noch eine Wiederkunft der kleinen Ententen, wie all diese kleinen Spezialbündnisse geheißen haben, sondern wir wollen eine europäische Einbindung, und wir wollen eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur schaffen. Ich bedanke mich sehr für die Aufmerksamkeit und die Geduld!

Dr. Klejdzinski (SPD): Sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen, unser Kollege Pontillon hat einen umfangreichen Bericht zur Schaffung einer gerechten Friedensordnung in Europa vorgelegt, der sich auszeichnet durch Präzision und, was Umfang anbetrifft, sehr eingehend sich mit der Sache auseinandersetzend darstellt. Dafür gebietet ihm Dank. Die Veränderungen in der DDR und in Osteuropa, die gleichzeitig radikal und unerwartet kamen, stellen uns neue Fragen. Fragen nach der Organisation unserer Sicherheit, Fragen nach der Zusammenarbeit, auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet, wobei ich hier insbesondere die COCOM-Liste ansprechen möchte, und die wichtige Frage, wie wir diesen Demokratisierungsprozeß begleiten sollen, ohne gleichzeitig besserwisserisch zu gelten. Nun, unterschiedliche Wege in der Folge des Krieges haben manchen geistigen und moralischen Maßstab zwischen den Deutschen unterschiedlicher ideologischer Systeme nicht mehr gleich erscheinen lassen. Das ist gegenwärtig zu korrigieren. Dennoch sind wir eine Nation geblieben, die in diesen Tagen den Weg beschreitet, ihre Identität wiederzuerlangen, wobei wir dieses in der europäischen Einheit eingebettet wissen wollen. Sicherlich ist es nicht angezeigt, grundsätzlich die Bündnissysteme oder die Stationierung von Streitkräften aufzugeben, welche 40 Jahre lang die Sicherheit des Westens gewährleistet haben. Doch eines ist sicher, die **Bündnisse müssen die konfrontativen und offensiven Elemente** ihrer strategischen Doktrin und militärischen Optionen **überdenken,** verändern, um den Sicherheitsinteressen aller Europäer und der UdSSR gerecht zu werden. Insofern teile ich ausdrücklich die Position des polnischen Außenministers Skubiszewski, nämlich die Bündnisse haben sich so zu verändern, daß Konfrontation abgebaut wird und kooperative Sicherheitsformen ausgebildet werden. Mit großem Interesse habe ich in dem Bericht die Empfehlung 2 (i) zur Kenntnis genommen, wonach eines der Hauptziele der in den Mitgliedstaaten der WEU im Jahre 1954 festgelegten Ziele war, die **Wiedervereinigung des deutschen Volkes in einem einheitlichen politischen System** zu begrüßen. Sicherlich ist es richtig, daß die Bildung eines neuen Staates im Herzen Europas alle Staaten berührt. Wir Deutschen sollen das bewußt zur Kenntnis nehmen und uns ernsthaft bemühen, die Sorgen aller europäischen Staaten ernstzunehmen. Doch das **Selbstbestimmungsrecht** als demokratisches Grundrecht muß auch für uns gelten. Allein die Menschen der Bundesrepublik und der DDR können in freien Wahlen oder in einer gleichwertigen demokratischen Form, wie Volksentscheid, entscheiden, ob eine Konföderation oder eine weitergehende Verbindung, wie die Vereinigung beider Staaten, eine geeignete Lösung ist. Die Bestimmung unseres nationalen Selbstverständnisses muß die heutigen politischen Realitäten reflektieren und den heutigen Wertvorstellungen der Menschen genügen. Die Grenzfrage, die **polnische Westgrenze,** ist für mich kein Thema. Sie ist eines der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Zur Frage der deutschen Ostgrenzen macht der Berichterstatter eine sehr richtige und notwendige Feststellung, und zwar in den Paragraphen 63 und 69 (ii). Wer die polnische Westgrenze diskutiert, und darauf bin ich vorhin in der Frage an den polnischen Außenminister eingegangen, muß wissen, daß er ohne namentliche Nennung, über die polnische Ostgrenze diskutiert, die die wesentlichen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berührt. Im übrigen teile ich dazu die Auffassung des belgischen Außenministers Eyskens, der ja heute morgen dazu vorgetragen hat. Einig bin ich auch mit ihm in einem Punkt, soweit er die ethnischen Minderheitsfragen in den europäischen Staaten angesprochen hat. Sprache und kulturelle Eigenständigkeit dürfen durch administrative Maßnahmen nicht unterdrückt werden. Und dieses gilt übrigens sowohl in west- als auch in den osteuropäischen Staaten. Die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa erfordert die Einbindung aller Staaten als gleichwertige Partner. Diese Friedensordnung muß ein System sein, das Stabilität und Internationalität garantiert. Ich teile die Sorge derer, die die Auffassung vertreten, daß die geographische Lage und die Stärke eines deutschen Staates eine Neutralität dieses Staates nicht als wünschenswert erscheinen läßt, doch die Beibehaltung von Optionen, wie die gegenwärtigen nuklearen Optionen, auch einzelner WEU-Mitglieder, macht es nicht einfach, Positionen zu finden, die der gegenwärtigen Sicherheitslage entsprechen und eine Zukunftsperspektive eröffnen. Auch das ist Realität. **Die Aufrechterhaltung des militärischen Beistands,** nach den in Artikel 5 und Absatz III, 4 der Haager Plattform festgelegten Bedingungen und der Festlegung der Grenzen, an denen die Mitgliedstaaten in Zukunft verpflichtet sind, zur Verteidigung Deutschlands beizutragen, ist dann nur von Wert, wenn bei einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auch auf einer föderativen Basis die Außengrenzen dieses Staates gelten. Ich unterstreiche insofern die Empfehlung des Berichterstatters an den Rat in Ziffer III.2.a. In der Öffentlichkeit wird größtenteils über das Atlantische Bündnis und den Warschauer Pakt diskutiert. Ich meine, wir sollten die **WEU** als ein **Instrument für eine neue Sicherheitsordnung in Europa** als Keimzelle nutzen. Wir Europäer müssen unsere Sicherheitsinteressen selbst organisieren, wobei die Präsenz von Streitkräften der Mitglieder auf dem Gebiet anderer Mitgliedstaaten angezeigt ist, soweit diese Präsenz zur Stärkung einer Friedensordnung beiträgt. Für Truppen der UdSSR, USA und Kanadas sind vertraglich Übergangslösungen vorzusehen, wo-

bei eine Truppenstationierung auf dieser vertraglichen Lösung nicht auf einen WEU-Staat allein begrenzt werden sollte. Nun, sicherlich weiß niemand den Königsweg, sicherlich gibt es mehrere. Ich weiß es auch nicht, aber eines weiß ich, neue Herausforderungen erfordern neue Antworten. Wir sollten eine gemeinsame europäische Antwort geben, die Ausdruck gemeinsamer gleichberechtigter Partner ist. Herzlichen Dank!

Kittelmann (CDU/CSU): Ich bin dem Berichterstatter ausgesprochen dankbar für seinen Bericht und für seine Schlußfolgerung, worin ich ihm voll zustimmen kann. Ich habe mit Freude den Ausführungen sowohl des Herrn Ratspräsidenten wie auch des polnischen Außenministers zuhören können. Ich fand in diesen Ausführungen eine volle Übereinstimmung, der wir, der Großteil der Politiker in Deutschland, zustimmen können. Ich darf als deutscher Parlamentarier auch meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß am letzten Wochenende **Wahlen im anderen Teil Deutschlands** stattfanden, die demokratisch verlaufen sind. Der augenblickliche Präsident war ja als Beobachter des Europarates mit anwesend, sie waren ein hervorragendes Zeugnis für die Reife einer Bevölkerung, die immerhin seit 57 Jahren zum ersten Mal frei gewählt hat. Man müßte heute 80 Jahre alt sein in Ostdeutschland, um irgendwann mal an einer freien Wahl teilgenommen zu haben. In einer Zeit, in der augenblicklich Woche für Woche eine Sensation die andere überholt, ist dies ein Ereignis. Es ist ja von vielen mit einer gewissen Furcht erwartet worden ist, ob es nicht doch drüben zuviele Kommunisten gibt, weil sie ja von Kindheit an, von der Kinderkrippe, über die Schule, bis zur Universität kommunistisch erzogen worden sind. Es schien, daß die Menschen irgendwie am Schluß kommunistisch sein müssen. Es hat sich erwiesen, daß all die, die bei uns diese Sorge hatten, letztlich nicht recht hatten. Die Kraft der Freiheit und der gewährten Menschenrechte hat hier obsiegt, wie es sich vorher — und der polnische Außenminister hat darauf hingewiesen — durch die Kraft von Solidarnosc in Polen, durch die Ereignisse in Ungarn und in anderen Bereichen, ja auch gezeigt hat. Und was mir persönlich sehr häufig auffällt, ist, daß wir nicht immer stolz genug sind, daß es letztlich unser politischer Wille war, der Wille der westlichen Demokratien, der die beispielhafte Funktion hatte für die unterdrückten Völker, die nach dem Kriege das Unglück hatten, bei der Teilung in Ost und West zur falschen Seite gehört zu haben.

Wir haben es geschafft, beispielhaft zu sein durch das Funktionieren der Demokratie, und ich glaube, das dieses Beispiel jetzt auch seine Wirkung hat auf die weitere Entwicklung der Länder Polen, Ungarn, Tschechoslowakei. Und ich wage zu sagen, auch wenn die Sowjetunion es noch nicht so wahrhaben will, auch auf die Sowjetunion. Wir haben in Deutschland mit Interesse die Diskussionen verfolgt über die Frage der **Oder-Neiße-Grenze.** Ich kann die Diskussion nur dann verstehen, wenn man nicht zur Kenntnis nimmt, daß die große Mehrheit aller politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sich eindeutig für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen hat. Und es steht jetzt nach den Wahlen in der DDR nichts mehr dagegen, daß die entsprechenden Beschlüsse des Deutschen Bundestages und der Volkskammer jetzt als Absichtserklärungen für ein kommendes gemeinsames deutsches Parlament gefaßt werden. Hier bin ich auch dem polnischen Außenminister dankbar für die positive Zurückhaltung, die er heute in dieser Frage geführt hat, ich glaube nämlich, daß auch die Ereignisse der letzten Zeit sehr häufig künstlich dramatisiert und thematisiert worden sind.

Meine Damen und Herren, **Deutschland will nicht neutral sein.** Weder die Menschen in der DDR noch die Menschen bei uns haben den Wunsch, neutral zu sein. Die große Mehrheit der Deutschen will integriert sein in ein vereinigtes Europa, die große Mehrheit der Deutschen will dem **NATO-Bündnis** angehören, das über 40 Jahre die Freiheit des westlichen Europas gesichert hat. Die NATO war niemals ein Angriffsbündnis und immer ein Verteidigungsbündnis. Und deshalb ist die Diskussion, die auch in diesem Bericht deutlich wird, Deutschland soll nicht neutral werden, bestimmt kein Thema der Deutschen. Wir Deutschen wissen, wohin wir gehören.

Und ich bin mir sicher, daß sich bei einer Vereinigung Deutschlands nach unseren Vorstellungen, denen der Christlichen Demokraten und, wie ich auch glaube, der Liberalen, im Zuge des Artikel 23 eines Beitritts unter all den Vorbehalten, die wir angesichts der „zwei plus vier-Gespräche" haben müssen, dies beweisen wird.

Ich sage also deutlich, die Politik der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 30 Jahren war Aufgabe von Souveränität, um ein gemeinsames Europa voranzubringen. Und diese Politik wollen wir auch mit Ihnen, mit uns gemeinsam im vereinigten Europa hier in der WEU fortsetzen. Schönen Dank!

Frau Beer (DIE GRÜNEN): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe auch mit großem Interesse den sehr umfangreichen Bericht gelesen, denke aber gerade, daß, um diesem Bericht gerecht zu werden, es bedauerlich ist, daß Änderungsvorschläge zu der Abschlußresolution zurückgezogen werden, um damit der Chance einer aktuellen sehr schnellen Entwicklung in Europa gerecht zu werden, die nämlich erfordert, daß man sich mit den vorliegenden Sachen tatsächlich auseinandersetzt, auch wenn inhaltliche Differenzen bestehen. Ich möchte Bezug nehmen auf die Debatte, die wir geführt haben und etwas zur **Neutralität** sagen, weil natürlich für dieses Thema gerade uns als Bundesdeutsche eine besondere Verantwortung trifft. Ich bin einhellig mit den anderen der Meinung, daß Neutralität kein Status sein kann für ein wiedervereinigtes Deutschland, möchte dem aber einen weiteren Gedanken hinzufügen und möchte Sie fragen, Neutralität zwischen wem eigentlich? Neutralität beschreibt das Fortbestehen zweier Blöcke, und ich bin der Überzeugung, daß der Warschauer Vertrag, der hier noch als gleichwertig dargestellt wird, dem nicht mehr entspricht, was er war. Das läßt sich an aktuellen Entwicklungen in Osteuropa leicht absehen. Ich möchte auch etwas sagen zu der Verantwor-

tung und zur Selbstbestimmung. Ich möchte einfach nur Fragen an Sie stellen, vielleicht um darüber nachzudenken. Ist nicht das **Recht auf Selbstbestimmung,** das wir jedem zugestehen, auch die Verantwortung, diese Selbstbestimmung wachsen zu lassen? Ist es nicht das Recht, auch eines noch ostdeutschen Staates, der 40 Jahre dieses Recht nicht praktizieren konnte, mit etwas mehr Geduld, mit etwas mehr Zeit, über seinen eigenen Weg dann mitbestimmt zu entscheiden? Und gibt auch die Sicherheit, z. B. dieses Gremiums, immer gut gehandelt und auch in der richtigen Option gehandelt zu haben, wirklich das Recht, einen so schnellen Prozeß zu unterstützen, sehr wohl in der Option, die eigene Wichtigkeit zu betonen und das **Weiterbestehen der WEU** z. B. zu rechtfertigen für die Zukunft? Ich selber denke, daß auch die europäischen Gremien, wie es sie zur Zeit gibt, sehr viel Kritik bedürfen und daß die **KSZE** — insofern stimme ich mit unserem Außenminister Genscher überein — das einzige Gremium ist, das z. Zt. noch so viel demokratischen Spielraum läßt, auch eine wirkliche Mitbestimmung und Gleichbestimmung sämtlicher europäischer Partner aufzubauen. Ich möchte Ihnen sagen, warum ich gerade den Bestand und die Festigung der WEU nicht als einzige in der Bundesrepublik, sondern mit sehr vielen anderen sehr skeptisch sehe, bei dem Gedanken, wie ihn jetzt Herr Dregger in Frankreich vorgetragen hat, der sagt, daß Frankreich seine Nuklearstrategie im europäischen Rahmen und in einer Stärkung der WEU zur Verfügung stellen soll. Diese Politik weckt neue Ängste, ist in der Bundesrepublik in der Gesellschaft nicht mehrheitsfähig und verhindert das, was wir erreichen wollen, nämlich zukünftig die **Auflösung der Blöcke** in einem langsamen Prozeß, mit der Verantwortung aller Staaten. Und ich möchte zum Schluß nur sagen, daß wir hoffen, daß dieses Gremium, wie auch die anderen, es schafft, sehr schnell zu konkretisieren, was mit diesem gemeinsamen kollektiven Europa gemeint ist. Ich für mich kann nur sagen, daß wir ein **System kollektiver Sicherheit** anstreben, langfristig, das ja keine neue Definition ist, das aber impliziert eine Entmilitarisierung. Ich denke, die deutsche Geschichte würde es Deutschland gut anstehen lassen, damit anzufangen, um Vertrauen aufzubauen. Wir wollen eine Abschaffung der Abschreckungsideologie, weil sie die gleichberechtigte Partnerschaft verhindert. Und wir wollen, daß die Bundesrepublik auch mit gutem Beispiel, auch das wiedervereinigte Deutschland, mit gutem Beispiel durch eine Abgabe der eigenen Souveränität an europäische Gremien, — und hier kann die KSZE die Grundlage dafür werden und sein — ein Modell wird für alle Staaten und wir wollen vor allen Dingen eine gleichberechtigte Einbindung der jetzt paktungebundenen Staaten, zu einem solchen kollektiven System zu kommen, das gegenseitige Bedrohungen ausschließt. Vielen Dank!

(Aufgrund unzureichender Beratungszeit wurden die eingereichten Änderungsanträge auf Vorschlag des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses, Abg. Dr. Karl Ahrens, und des Mit-Antragstellers, Abg. Prof. Dr. Soell, zurückgezogen. Die Versammlung nahm den Bericht in der vorgelegten Fassung an.)

Empfehlung 479

betr. die Schaffung einer gerechten Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa — die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa und daraus resultierende Perspektiven

Die Versammlung

I

i. begrüßt es, daß die mit dem Perestroika-Prozeß in der UdSSR eingeleitete und in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern im Jahre 1989 fortgeführte Entwicklung es schließlich möglich macht, die Schaffung einer neuen Friedensordnung für ganz Europa ins Auge zu fassen;

ii. ist jedoch der Ansicht, daß in bezug auf die Zukunft und Stabilität dieser Länder noch immer zahlreiche Ungewißheiten bleiben;

iii. nimmt mit Befriedigung die wichtigen bei den VKSE erzielten Fortschritte zur Kenntnis und begrüßt es, daß die betroffenen Staaten beabsichtigen, bald nach der Unterzeichnung einer ersten Vereinbarung weitere Verhandlungen aufzunehmen, deren Ziel weitere Reduzierungen des Umfangs der Streitkräfte und der Rüstung in Europa sein werden;

iv. begrüßt ebenfalls die für das Jahr 1990 anberaumte Konferenz der Staats- und Regierungschefs, die zu einer neuen Vertiefung des KSZE-Prozesses führen soll;

v. stellt eine weitgehende Übereinstimmung fest zwischen den Vorschlägen der west- und osteuropäischen Staaten im Hinblick auf die Schaffung wirtschaftlicher, rechtlicher und kultureller Strukturen für ganz Europa, die der Errichtung einer neuen europäischen Ordnung dienen sollen;

vi. ist jedoch darauf bedacht, es zu keiner voreiligen Auflösung der Organisationen kommen zu lassen, die bislang den Frieden in Europa gewährleistet haben, weil sonst die Schaffung dieser neuen Friedensordnung erschwert würde, und ist der Ansicht, daß die Grundlagen der europäischen Sicherheit für eine angemessen lange Übergangszeit aufrechterhalten werden sollten;

II

i. begrüßt den Fortschritt in Richtung auf die Vereinigung des deutschen Volkes in einem einheitlichen politischen System, was eines der Hauptziele ist, die von den Mitgliedstaaten der WEU im Jahre 1954 festgelegt wurden;

ii. ist der Ansicht, daß die Verwirklichung dieses Ziels eine zwischen beiden deutschen Staaten ausgehandelte Vereinbarung voraussetzt und stellt fest, daß dies eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier verantwortlichen Mächten über den Status eines vereinigten Deutschlands erfordert;

iii. ist der Ansicht, daß die Bildung eines neuen deutschen Staates im Herzen Europas alle Staaten Europas betrifft;

iv. ist der Ansicht, daß der endgültige Charakter der derzeitigen Grenzen Deutschlands durch eine vorherige verbindliche Erklärung der beiden deutschen und anderer europäischer Staaten bestätigt werden muß, damit die Schaffung eines deutschen Staates nicht das im Hinblick auf die europäische Integration Erreichte gefährden und kein Hindernis für die Schaffung einer neuen Friedensordnung in Europa sein wird;

v. stellt fest, daß viele Bestimmungen des geänderten Brüsseler Vertrags zumindest für die Dauer von 50 Jahren für die Bundesrepublik Deutschland Gültigkeit haben und daß eine Abweichung von diesen Bestimmungen nicht ohne Vertragsänderung möglich ist;

vi. erinnert daran, daß der Rat beschlossen hat, eine derartige Vertragsrevision vorzunehmen, sobald der Beitritt Spaniens und Portugals rechtswirksam geworden ist;

vii. ist der Ansicht, daß die geographische Lage und Stärke eines vereinten deutschen Staates eine Neutralität dieses Staates nicht wünschenswert erscheinen lassen;

viii. stellt ebenfalls fest, daß die Einbindung des gesamten deutschen Staatsgebietes in die NATO für viele mittel- und osteuropäische Staaten nicht annehmbar erscheint;

ix. ist jedoch der Ansicht, daß es unerläßlich ist, daß der neue deutsche Staat in das gemeinsame europäische System der kollektiven Sicherheit eingebunden wird, dem die Vereinigten Staaten und Kanada weiterhin assoziiert sein werden, und welches in sich die Keimzelle eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems darstellt;

III

i. stellt fest, daß es in Zeiten der Instabilität kaum erstrebenswert sein kann, Zahl und Ausmaß der Ungewißheiten noch zu verstärken, und daß daher bis zur Schaffung einer neuen Sicherheitsordnung in ganz Europa der Weiterbestand der Bündnisse ein Faktor des Friedens und der Ordnung in Europa bleibt;

ii. ist der Ansicht, daß die Reduzierung der in Europa stationierten Streitkräfte eine unverzügliche Überprüfung der Stationierung der NATO-Streitkräfte erfordert;

iii. ist der Ansicht, daß den Streitkräften der Mitgliedstaaten der WEU bei der neuen Stationierung eine wichtigere Rolle zukommen wird als in der Vergangenheit;

iv. ist der Ansicht, daß alle westlichen Staaten ihre Militärausgaben einschränken müssen;

v. ist der Ansicht, daß daher zur Gewährleistung der gemeinsamen Sicherheit eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der WEU unerläßlich ist;

vi. ist der Ansicht, daß aus diesem Grunde die europäischen Bündnismitglieder bedeutendere politische Aufgaben wahrnehmen müssen, insbesondere im Hinblick auf die Rüstungsbegrenzung, die Organisation der gesamteuropäischen Sicherheit und die Abwehr jeder Bedrohung aus einer Region außerhalb des Nordatlantischen Bündnisbereiches;

EMPFIEHLT DEM RAT,

I

1. unverzüglich die ersten Schlußfolgerungen aus der von ihm durchgeführten Untersuchung über die Folgen einer KSE-Vereinbarung für die europäische Sicherheit zu ziehen und die Versammlung entsprechend zu unterrichten;
2. diese Untersuchung anschließend auf sämtliche Auswirkungen auszudehnen, die sich aus dem Wandel in Osteuropa ergeben;
3. eine sorgfältig ausgearbeitete gemeinsame Position der Mitglieder der WEU in bezug auf die in ihre Zuständigkeit fallenden Angelegenheiten, die auf der Tagesordnung der KSZE stehen, vorzulegen;

II

1. der Versammlung mitzuteilen, ob die von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des geänderten Brüsseler Vertrags eingegangenen Verpflichtungen auch für ein vereintes Deutschland gelten werden;
2. vor jeder eventuellen Revision des geänderten Brüsseler Vertrags die Folgen zu untersuchen, die eine Übertragung der vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland auf einen vereinten deutschen Staat haben würde in bezug auf die Anwendung des Vertrags und der Haager-Plattform, und dabei folgende Punkte besonders zu berücksichtigen:

   a) die in Artikel IV des Vertrags vorgesehene Zusammenarbeit zwischen WEU und NATO;

   b) die Durchführung des militärischen Beistands zu den in Artikel V und Absatz III.4 der Haager-Plattform festgelegten Bedingungen unter Erläuterung, an welchen Grenzen die Mitgliedstaaten in Zukunft verpflichtet sind, zur Verteidigung Deutschlands beizutragen;

   c) die Anwendung von Artikel VII auf jeden Nachfolgestaat der DDR, nach dessen Bestimmungen sich keine Vertragspartei an einer Koalition beteiligen wird, die gegen eine der vertragsschließenden Parteien gerichtet ist;

   d) die Durchführung von Artikel VIII Abs. 2 und 4, der Protokolle Nr. II, III und IV und insbesondere des Anhangs I zum Protokoll Nr. III im Hinblick auf die Festlegung der Stärke der Streitkräfte den Verzicht auf die Produktion bestimmter Waffen und die Kontrolle der Beachtung der entsprechenden Verpflichtungen;

   e) die Beachtung von Artikel XII, wo die Frist festgelegt ist, nach deren Ablauf jeder Mitgliedstaat

berechtigt ist, als Vertragspartner auszuscheiden;

3. die Versammlung über die Ergebnisse dieser Untersuchung zu informieren;

4. sicherzustellen, daß jene Staaten, welche an der Konferenz teilnehmen, auf der der Status Deutschlands festgelegt wird, rechtzeitig und umfassend über diese Ergebnisse unterrichtet werden, damit sie die durch den geänderten Brüsseler Vertrag gegebenen Garantien sowohl im Hinblick auf die Sicherheit Deutschlands als auch die seiner Nachbarn und auch im Hinblick auf die Schaffung einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa berücksichtigen können;

III

1. unverzüglich zu untersuchen, welche Möglichkeiten der WEU als Instrument offenstehen, mögliche Bedrohungen der Mitgliedstaaten und Aussichten für die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitsraums zu prüfen, für den die WEU später den geeigneten Rahmen bieten könnte, insbesondere im Hinblick auf:

   a) die Definition einer „angemessenen Hinlänglichkeit" im Verteidigungsbereich;

   b) die Vertiefung des Konzepts der „geteilten Sicherheit";

   c) die Festlegung von Schiedsverfahren, vertrauensbildenden und Abrüstungsmaßnahmen;

2. die WEU als Mittel zur Schaffung einer neuen Sicherheitsordnung in Europa zu nutzen, wobei sie:

   a) die Unantastbarkeit der Grenzen ihrer Mitglieder garantieren könnte, einschließlich jener Grenzen, die sich nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ergeben;

   b) die Einhaltung der von ihren Mitgliedern eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen von Vereinbarungen über Begrenzungen der Streitkräfte und Rüstung oder des Verbots der Herstellung von bestimmten Waffen garantieren könnte;

3. eine Einschätzung der Stärke der Streitkräfte vorzunehmen, welche von den WEU-Mitgliedstaaten stationiert werden müssen im Hinblick auf die Sicherheit Europas und eine faire Teilung der erforderlichen Anstrengungen zu vereinbaren;

4. den geänderten Brüsseler Vertrag zur Rechtsgrundlage für die Präsenz von Streitkräften der Mitglieder auf dem Territorium anderer Mitgliedstaaten zu machen, soweit diese Präsenz zur Stärkung einer Friedensordnung in Europa beiträgt;

5. regelmäßige Treffen der Stabschefs der Mitgliedstaaten zur Prüfung der europäischen Rüstungserfordernisse zu veranstalten und damit der Standardisierung und der gemeinsamen Produktion solcher Rüstung politische Anstöße zu verleihen;

6. ein gemeinsames Organisationsprogramm im Hinblick auf die Verifikationsmaßnahmen zu erarbeiten, welche für die Durchführung der KSE-Vereinbarungen erforderlich sind;

7. zu diesem Zweck die von ihm eingeleitete Studie über die mögliche Errichtung einer europäischen Agentur der Satellitenbeobachtung fortzuführen;

8. durch das WEU-Institut für Sicherheitsstudien einen ständigen Informationsaustausch mit den osteuropäischen Staaten über die militärischen Stationierungen in Europa und die Anwendung der KSE-Vereinbarungen organisieren zu lassen;

9. die Öffentlichkeit regelmäßig über die von seinen Arbeitsgruppen durchgeführte Arbeit zu unterrichten, damit die europäische Öffentlichkeit von der Zusammenarbeit im Rahmen der WEU Kenntnis erhält.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des polnischen Außenministers, Krzysztof Skubiszewski

(Themen: Wichtige Rolle der WEU in der politischen Struktur Europas — Schaffung einer neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung — Anpassung der traditionellen Sicherheitsstrukturen an die veränderte Situation unter Wahrung der Stabilität in Europa — Wiedervereinigung Deutschlands in den bestehenden Grenzen — Unantastbarkeit der Oder-Neisse-Grenze — veränderte Rolle der Bündnisse — Einbindung Deutschlands in die neue europäische Ordnung — Bedeutung des KSZE-Gipfeltreffens Ende 1990)

Außenminister Skubiszewski: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist mir eine Ehre, hier auf dieser außerordentlichen Sitzung vor dieser Versammlung und ihren verehrten Mitgliedern das Wort ergreifen zu dürfen.

Die **Westeuropäische Union** spielt eine **wichtige Rolle** im politischen und sicherheitspolitischen System unseres Kontinents. In der jetzigen Situation sind wir dazu aufgerufen, die Grundlagen für ein **neues europäisches Sicherheitssystem** zu schaffen. Dieses Vorhaben wird durch den **Prozeß der deutschen Vereinigung** zu einer vordringlichen Aufgabe, die sich uns aber auch ungeachtet der Öffnung der Berliner Mauer stellt. Von entscheidender Bedeutung waren und sind die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa. Diese Umwälzungen haben die politische Landkarte des Kontinents verändert. Ihren Anfang nahmen diese mit der Bewegung der „Solidarität" in Polen im Jahre 1980.

Bei der vor uns liegenden Aufgabe übernimmt die Versammlung der Westeuropäischen Union eine wichtige Funktion. Die Versammlung erleichtert den Kommunikationsfluß und Meinungsaustausch, der darauf gerichtet ist, einen neuen konstitutionellen Rahmen für die europäische Sicherheit zu finden. Dieses Ziel teilt Polen mit Ihnen, und wir werden unser Möglichstes tun, um zu seiner Verwirklichung beizutragen.

Meine Anwesenheit hier vor dieser Versammlung, ist ein Zeichen für die Überwindung der Teilung Europas. Sie ist auch ein Beweis für die gegenseitige Öffnung und Annäherung zwischen Gebieten, die früher getrennt und doch Teile ein- und desselben Kontinents waren.

Herr Vorsitzender, ich sprach von den Veränderungen in Mittel- und Osteuropa. Diese haben in Europa eine ungeheure Dynamik ausgelöst. Sie haben gezeigt, was Freiheit und Demokratie in bezug auf zwischenstaatliche Beziehungen bewirken können.

Politisch gesehen, haben die eingetretenen Veränderungen die Möglichkeit eröffnet, das europäische System in einer den Bestrebungen aller Nationen des Kontinents entsprechenden Weise neu zu gestalten. Die **Bewegung der „Solidarität"**, die vor zehn Jahren in Polen entstand, hat diesen Prozeß gefördert und hat ihm zwei wesentliche Werte hinzugefügt: erstens, die moralische Dimension und zweitens, das Eintreten für Mäßigung bei Reformen, ohne jedoch von deren Inhalt grundlegende Abstriche zu machen. Unser Vorgehen zielt auf Veränderung unter Wahrung von Stabilität ab.

Daher hat in den Ost-West-Beziehungen die traditionelle Bipolarität, um nicht zu sagen der Antagonismus, an Gültigkeit verloren.

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, veraltete Strukturen überleben meistens die Umstände, denen sie ihr Entstehen verdanken. Die traditionellen Sicherheitsmechanismen und -strukturen, die wir aus der Vergangenheit übernommen haben, sind ganz eindeutig unzureichend im Hinblick auf die Herausforderungen, denen wir uns heute gegenübersehen. Sie sind unserem Anliegen und der neuen Situation, die im Herzen Europas entstanden ist, nicht mehr angemessen. Und dennoch bestehen jene alten Strukturen weiter. Wir alle möchten weg von Jalta und haben gleichzeitig Angst vor einem zweiten Sarajewo. Die berechtigte Furcht vor Instabilität darf uns nicht daran hindern, ein **Konzept der gesamteuropäischen Beziehungen** zu erarbeiten. Unsere Anstrengungen müssen auf der Grundlage eines zu erhaltenden stabilen Rahmens für den Übergang erfolgen. Diese Einstellung ist Teil der polnischen Außenpolitik.

Wir distanzieren uns nicht von den Lehren der Vergangenheit, aus der wir mehrere Schlußfolgerungen ziehen. Wir müssen uns jedoch auf die Gegenwart und ganz besonders auf die Zukunft konzentrieren. Beim Aufbau des neuen Sicherheitssystems müssen wir uns in erster Linie an die völkerrechtlichen Regeln halten. Insbesondere meine ich die folgenden **Grundsätze** in bezug auf die zwischenstaatlichen Beziehungen:

— Verbot der Drohung mit oder des Einsatzes von militärischer Gewalt;

— Verbot der Einmischung;

— Lösung von Streitfragen nur mit friedlichen Mitteln;

— Gleichheit vor dem Gesetz und in bezug auf den vom Gesetz garantierten Schutz;

— Selbstbestimmung der Völker, einschließlich des Rechts eines Volkes auf Gründung eines unabhängigen Staates;

— Beachtung und Einhaltung der für alle geltenden Menschenrechte und Grundfreiheiten;

— Achtung der territorialen Integrität und Unverletzlichkeit der Grenzen.

Der zuletzt genannte Grundsatz ist besonders wichtig in der derzeitigen Übergangsphase in Europa. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten kann nur innerhalb der bestehenden Grenzen stattfinden, und sie muß verbunden sein mit der Bestätigung — in Form einer vertraglichen Regelung — der **deutsch-polnischen Grenze.** Eine derartige vertragliche Regelung, welche Rang und Wirkung einer Friedensregelung mit Deutschland haben sollte, dient dem Ziel, jede Infragestellung der Oder-Neiße-Grenze oder jede Diskussion über deren Veränderung am Anfang der Existenz eines vereinten Deutschlands und danach auszuschließen. Gerade während des Prozesses der deutschen Vereinigung, welcher Teil des europäischen Einigungsprozesses ist, können und dürfen die europäischen und besonders die mitteleuropäischen Beziehungen nicht mit einer Grenzfrage dieses Ausmaßes bezogen auf einen entscheidenden geostrategischen Punkt belastet werden. Die Endgültigkeit der jetzigen Regelung liegt im Interesse von ganz Europa und ist ein Gebot staatsmännischer Verantwortung in Europa.

Herr Vorsitzender, aus polnischer Sicht sollte das neue Sicherheitssystem das Konzept eines einheitlichen Europas und die Werte Demokratie, Pluralismus und Humanismus widerspiegeln. Wir möchten das Kapitel Gewaltherrschaft, politisches Diktat und „begrenzte Souveränität" beenden. Wir möchten das Syndrom der Einflußzonen hinter uns lassen und von der Vorstellung von Sicherheit als unkalkulierbarem Spiel Abschied nehmen.

Das neue Sicherheitssystem kann sich natürlich nicht auf eine bloße Negation der bisherigen Fehlentscheidungen in Mittel- und Osteuropa beschränken. Allen sollte das Gefühl von Sicherheit und Stabilität in einer Weise vermittelt werden, welche jede bündnisartige Sicherheitsvereinbarung überflüssig macht.

Das neue System der europäischen Sicherheit wird auf der Beseitigung der Vorherrschaft eines anderen Staates oder anderer Staaten über einen oder mehrere Staaten aufgebaut werden. Das Verbot der Anwendung von Gewalt ist eindeutiger Bestandteil dieses Systems. Aber wir wissen alle nur zu gut, daß mit der Respektierung der staatlichen Souveränität und der Gleichheit der Staaten Konflikte nicht automatisch aus der Welt geschafft werden. Das zukünftige System sollte deshalb **Krisenbewältigungs-** und **Konfliktverhütungsmechanismen** vorsehen.

Die Funktion von Bündnissen und insbesondere von multilateralen Bündnissen in Europa ist ein weiteres Problem. Ihre Rolle beginnt sich zu ändern. Der **Warschauer Pakt,** dem Polen angehört, hat seine ideologische Ausrichtung verloren. Er besteht nicht mehr als Werkzeug zur Erhaltung eines politischen Satellitensystems. Er bleibt eine Vereinbarung der kollektiven

Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Im Verlaufe des europäischen Einigungsprozesses wird er viel von seiner Bedeutung verlieren. Er wird in dem Augenblick aufgelöst werden, in dem ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem Wirklichkeit werden wird.

Wir glauben, daß die **Nordatlantische Bündnisorganisation** und die **Westeuropäische Union** eine stabilisierende Funktion erfüllen.

Die Bündnisse bestehen weiter, aber ihr Charakter ändert sich. Seit ihrer Gründung werden sie als einander feindlich gegenüberstehend betrachtet. Wir möchten, daß sie diesen Charakter verlieren. Wir möchten, daß sie einen nicht auf Konfrontation, sondern auf Kooperation gerichteten Charakter erhalten.

Mit seiner weiteren Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt verfolgt Polen keine ideologischen oder politischen Ziele, die es von den Anschauungen unterscheiden, die von den Mitgliedern des Nordatlantischen Bündnisses und der Westeuropäischen Union vertreten werden. Wir sehen unsere Mitgliedschaft im Warschauer Pakt nicht als ein Hindernis für die Entwicklung von Beziehungen zum Westen. Souveränität ist das Leitprinzip unserer Militärdoktrin und ihrer praktischen Durchführung. Diese Doktrin richtet sich nicht gegen irgendein westliches Bündnis, sondern gegen jeden Aggressor, ganz gleich, wer es sein mag. In seiner Geschichte war Polen Aggressoren aus den verschiedensten geographischen Richtungen ausgesetzt. Unsere Mitgliedschaft im Warschauer Pakt beinhaltet keine Beteiligung am weltweiten Wettstreit der Großmächte.

Die multilateralen Bündnisse sollten transparenter werden. Sie würden damit deutlich machen, daß sie einander nicht feindlich gesinnt sind.

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, **Abrüstung** ist das Schlüsselelement der neuen Sicherheitsordnung in Europa. Um wirksam zu sein, muß sie politisch und konzeptionell im Einklang mit der Vision eines vereinten Europas stehen.

Wir richten unsere Aufmerksamkeit auf die Wiener Konferenz und auf die Ausarbeitung eines Vertrags über konventionelle Streitkräfte. Wenn wir auch bereits wissen, welches die Hauptelemente des Vertrags sein werden, müssen wir uns aber noch die Frage stellen, ob der Vertrag den Erwartungen aller gerecht werden kann. Dies ist eine berechtigte Frage, denn das Konzept des Vertrags war lange vor den derzeitigen Entwicklungen in Europa erarbeitet worden. Meine Antwort lautet, daß die stattfindenden Veränderungen nicht das Zustandekommen eines Vertrags verzögern dürfen. Sein Kernstück sind tiefgreifende und stabilisierende Kürzungen, und hier sind keine Modifizierungen notwendig. Wir sind für eine Fortführung und ein zweites Verhandlungsstadium. Auf jeden Fall drängen wir auf einen baldigen Vertragsabschluß.

Der Vertrag wird nicht alle Probleme lösen, und deshalb sollte er so flexibel gestaltet werden, daß die Aufnahme weiterer Vereinbarungen möglich ist. Derartige Vereinbarungen können insbesondere infolge der Vereinigung Deutschlands notwendig werden.

Wir sollten anfangen, über die Tagesordnung von **Wien II** nachzudenken. Es sollte zu weiterreichenden Kürzungen führen, besonders in allen spannungsträchtigen Gebieten Europas. Eine Verringerung der neuen Waffen und Geräte sollte angestrebt werden. Eine Umstrukturierung der Streitkräfte ist ebenso notwendig wie die Festlegung auf eine eindeutige defensive Haltung, und die offensiven Fähigkeiten sollten weiter begrenzt werden, indem Grenzen für Logistik und Streitkräftestationierung gesetzt werden. Wien II sollte eine Lösung für das Problem des destabilisierenden Charakters der neuen Technologien und des qualitativen Wettrüstens finden. Es sollte Garantien schaffen, mit denen eine rasche Umstellung des Industriepotentials zur Nutzung für militärische Zwecke und eine Mobilisierung der Ressourcen für offensive Zwecke verhindert werden können. Es sollte das Prinzip der Hinlänglichkeit in der Verteidigung weiterentwickeln und sich mit dem Problem der auf ausländischem Territorium stationierten Streitkräfte befassen. Die nächste Phase sollte auf einer ausgehandelten Vereinbarung beruhen, nach der alle Staaten als völlig souveräne und unabhängige Teilnehmer auftreten werden.

Die erste in Wien erzielte Vereinbarung wird, so hoffe ich, einen Anstoß für weitere Abrüstungsanstrengungen geben, welche ihre sicherheitsbildende Wirkung verstärken würden. Ich spreche hier in erster Linie von dem Problem der taktischen Nuklearwaffen.

Die europäische Sicherheit steht auch in Zusammenhang mit der Präsenz der beiden Supermächte. Die Rolle der Sowjets ist zurückzuführen auf ihre geopolitische Lage in Europa. Die Beteiligung der Vereinigten Staaten hat sich als stabilisierender Faktor erwiesen, und ihre Rolle kann mit der Vereinigung Deutschlands noch an Bedeutung gewinnen.

Eurasien und damit Europa standen immer im Mittelpunkt des amerikanisch-sowjetischen Wettstreits. Die **amerikanisch-sowjetischen Beziehungen** scheinen sich nun von einem Wettstreit zu einer Zusammenarbeit zu wandeln. Das mag, so hoffen und wünschen wir, seine Wirkung auf Europa in der Form haben, daß die Intensität der kollidierenden Interessen der Supermächte auf unserem Kontinent allmählich nachläßt. Dies sollte in der Tat eines der Hauptziele bei der Schaffung eines neuen Sicherheitssystems in Europa sein: Wir alle sollten uns bemühen, die Präsenz der beiden Supermächte in Europa zu einem die europäischen Sicherheit tragenden und fördernden Faktor werden zu lassen, während gleichzeitig Europa als eine Region der Rivalität zwischen den Supermächten an Bedeutung verliert. Präsident Mitterands Idee der europäischen Konföderation hat viele Facetten, von denen sich eine, wie ich glaube, auf diesen Aspekt bezieht. Der nachlassende Wettstreit der Supermächte in Europa und der Übergang zur Zusammenarbeit zwischen den Supermächten sind von größter Bedeutung für die Herbeiführung einer Lösung für das schwierigste Problem bei der deutschen Vereinigung, nämlich das des politischen und militärischen Status eines vereinigten deutschen Staates. Dieser Staat muß voll in das eingebunden sein, was derzeit

die neue Architektur Europas genannt wird. Ein Teil dieser Architektur ist der von Polen vorgeschlagene Rat der Europäischen Zusammenarbeit.

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa hat wichtige Entscheidungen zu fällen, welche sein Ansehen auf lange Zeit prägen werden. Wenn die Demokratie der Eckstein der europäischen Beziehungen sein soll, muß die Vorbereitung der Entscheidungen nach demokratischen Regeln erfolgen. Jeder Staat muß ein Mitspracherecht haben bei der Erörterung von Angelegenheiten von gemeinsamen Interesse und bei Angelegenheiten, die seine besonderen Interessen berühren. Polen mißt dem dieses Jahr stattfindenden **KSZE-Treffen** große Bedeutung bei.

Abschließend, Herr Vorsitzender, möchte ich mich noch einmal dafür bedanken, daß ich die Möglichkeit hatte, vor dieser Versammlung zu sprechen, und meine Ansichten in dieser wichtigen Debatte über die politische Strategie in Europa vortragen konnte.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Minister, ich möchte Ihnen ausdrücklich danken für diese sehr konstruktive Art, wie Sie die Wiedervereinigung Deutschlands und ihre Einbettung in Paktsysteme beschrieben haben. Dieses muß ich als Deutscher bemerken. Ich darf nur zu meiner Frage vorwegschicken, daß ich, als der Krieg aus war, 11 Jahre alt war, daß meine Mutter aus Allenstein kommt, und daß ich sage, daß die Oder-Neisse-Grenze für mich eine endgültige Grenze ist. Aber gleichzeitig habe ich manchmal den Eindruck, und dieses möchte ich historisch begründen, daß 1945 Polen um ein Drittel gen Westen verschoben wurde. Wenn man jetzt über die **polnische Westgrenze** diskutiert, diskutiert man dann nicht indirekt auch über die **polnische Ostgrenze,** oder warum wird darüber nicht gesprochen, oder gibt es dort besondere Sensibilitäten, daß man darüber nicht redet?

Außenminister **Skubiszewski** *macht deutlich, daß es sich bei der Frage nach der polnischen Westgrenze und der polnischen Ostgrenze um* **zwei separate Grenzprobleme** *handele. Die Debatte über die deutsch-polnische Grenze sei überflüssig und habe großen Schaden angerichtet. Diese Debatte habe aber nichts mit der polnischen Ostgrenze zu tun. Polen habe 1945 mit der UdSSR einen Vertrag über den Verlauf der Ostgrenze unterzeichnet und sei an einer Revision dieser Grenze nicht interessiert. Er bekräftigt, daß es keine territorialen Probleme mit der UdSSR und kein Problem der Ostgrenze gäbe.*

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des luxemburgischen Außenministers, Jacques F. Poos

(Themen: Grundlegende Veränderungen der europäischen politischen Ordnung — Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich in ganz Europa — Rolle der WEU im neuen politischen Kontext in Europa — WEU als Rahmen für die Lösung von Sicherheitsproblemen)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des italienischen Staatsministers für auswärtige Angelegenheiten, Claudio Vitalone

(Themen: Wahlen in der DDR und deutscher Einigungsprozeß — Suche nach einer neuen Ordnung im politischen, wirtschaftlichen und strategischen Bereich — neue Rolle für die WEU und andere Institutionen beim Nachdenken über politisches und militärisches Gleichgewicht in Europa — Bedeutung der KSZE für die Neuordnung in Europa)

Freitag, 23. März 1990

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Bundesministers des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher

Bundesminister Genscher: Europa erlebt grundlegende Veränderungen, es steht vor großen Herausforderungen, es hat große Chancen. Dauerhafter Frieden und Einheit für unseren leidgeprüften Kontinent sind keine Utopien mehr. Eine gerechte Friedensordnung ist eine realistische Perspektive und greifbare Chance.

Mauern sind gefallen, Stacheldrähte durchschnitten. Menschenrechte, Pluralität und Demokratie setzen sich durch. Europa besinnt sich auf sich selbst, auf seine gemeinsame Geschichte und Kultur und auf seine gemeinsamen Werte.

Die Verpflichtungen aus der Schlußakte von Helsinki zu Menschenrechten und Menschenwürde beginnen überall Wirklichkeit zu werden. Die von Präsident Gorbatschow eingeleitete Politik der Öffnung nach innen und außen, die Umgestaltung seines Landes und die Absage an eine expansive Außenpolitik haben zu diesem tiefgreifenden Wandel beigetragen.

Alle Völker Europas haben davon ihren Nutzen. Die Demokratisierungsprozesse in Mittel- und Osteuropa bedeuten für ganz Europa einen Gewinn. Es liegt in unser aller Interesse, einen stabilen Rahmen für diese friedlichen Veränderungsprozesse zu schaffen.

Die Bedrohungslage hat sich grundlegend verändert — für beide Seiten, sie müssen sich in ihren Absichten gegenseitig nicht mehr als Bedrohung empfinden —, auch wenn die Waffenarsenale und die Stärke der Streitkräfte bisher kaum von den politischen Veränderungen beeinflußt sind. Dies macht eine entschlossene Abrüstungspolitik nur noch dringlicher.

Auch die Sowjetunion hat erkannt, daß der Westen als Bündnis von Demokratien weder die Absicht hat noch in der Lage ist, den Osten anzugreifen. Das Motiv für die weitreichende Abrüstungspolitik Gorbatschows sind deshalb keineswegs nur wirtschaftliche Zwänge, wie oft im Westen vermutet, sondern eine realistische Analyse der Ziele und politischen Wertvorstellungen

des Westens, und sie sind Ausdruck einer neuen auf Kooperation gegründeten Politik der Sowjetunion.

Es kann festgestellt werden: West und Ost haben gemeinsame Ausgangspunkte für die Gestaltung der Zukunft gefunden. Diese eröffnet weitreichende Perspektiven einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit in allen Bereichen.

Der tschechoslowakische Präsident Vaclav Havel hat den großen Horizont möglicher Zusammenarbeit beim Besuch von Bundespräsident von Weizsäcker am 15. März 1990 in Prag aufgezeigt:

> Wir können uns gemeinsam bemühen um ein demokratisches Europa, um ein Europa als Einheit in der Vielfalt, um ein Europa, das der Welt nicht Krieg gibt, sondern Toleranz ausstrahlt, um ein Europa, das an seine besten kulturellen Traditionen anknüpft, um ein Europa, das niemand mehr mit giftigem Rauch und vergiftetem Wasser verpesten wird.

Die neue Lage in Europa macht auf allen Seiten neues Denken und den Willen zur Verantwortung erforderlich. Alte Fragen stellen sich neu und neue kommen auf.

Alle Staaten sind es den friedlichen Revolutionen der Freiheit schuldig, daß der Demokratisierungsprozeß nicht durch altes Blockdenken, durch nationalstaatlichen Egoismus der Vergangenheit oder durch die Machtpolitik der Vergangenheit gefährdet werden.

Die Gipfelkonferenz des westlichen Bündnisses hat am 31. Mai 1989 verantwortungsvoll nach vorn gedacht, als es darauf verzichtete, die Modernisierung nuklearer Kurzstreckenraketen zu beschließen. Vermag man sich denselben Verlauf der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa bei einer anderen Entscheidung vorzustellen?

Der Wandel in Europa krönt nachträglich den Mut zu einem verantwortungsvollen, auf die Zukunft gerichteten Denken. Um so mehr muß jetzt gelten: Auch für die weiteren Phasen der Gestaltung einer friedlichen Zukunft Europas ist neues Denken unverzichtbar.

Ich freue mich, daß die WEU-Versammlung den Veränderungen in Europa in ihrer politischen Arbeit Rechnung trägt. Als ich vor mehr als fünf Jahren bei der historischen Sondersitzung in Rom zu Ihnen sprach, ging es darum, die Rolle der WEU in Westeuropa neu zu definieren. Seither ist sie ein wichtiges Forum zur Erörterung aktueller Fragen der europäischen Sicherheit geworden.

Es zeugt von neuem Denken, daß Sie bei Ihrer Tagung im Dezember 1989 unter dem Eindruck der politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa beschlossen haben, erneut eine Sondersitzung einzuberufen. Sie bestätigen damit in eindrucksvoller Weise die wichtige Rolle der WEU.

In diesen Tagen haben Sie Beiträge von Vertretern der Sowjetunion und Polens gehört, denen bei der Gestaltung der künftigen Sicherheitsstruktur Europas Schlüsselrollen zukommen.

Durch die Aufnahme des Besuchsaustausches mit dem Obersten Sowjet hat die WEU-Versammlung schon frühzeitig die Bedeutung verstärkter politischer Kontakte hervorgehoben. Das sind wichtige Schritte auf dem Weg zur Entwicklung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen.

Die friedliche Freiheitsrevolution der Menschen in der DDR hat den Willen der Deutschen zur Vereinigung weltweit bewußt gemacht. Auf der Tagesordnung der Geschichte stand die deutsche Vereinigung immer. Am 18. März 1990 haben sich die Deutschen in der DDR eindrucksvoll für Freiheit und Einheit, für Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, für Europa und für den Frieden entschieden.

Im Harmel-Bericht von 1967 heißt es schon zu Recht, daß eine endgültige und stabile Regelung in Europa nicht möglich sei, ohne eine Lösung der deutschen Frage. Jetzt sind wir dabei, diese Frage zu lösen, nicht isoliert, sondern in einem europäischen Rahmen.

Die Deutschen in der DDR sind so gute Europäer wie wir. Schon heute kann festgestellt werden: Wir Deutschen wollen zusammen und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen. In unserem Volk herrscht eine tiefe Sehnsucht nach Freiheit und Frieden.

Die Völker Europas sollen wissen, daß wir Deutschen nichts anderes wollen, als in Freiheit und Frieden mit allen unseren Nachbarn zu leben. Die deutsche Geschichte hat uns Deutschen nie allein gehört, auch unsere Zukunft wird uns nicht allein gehören. Das Schicksal der deutschen Nation ist unlösbar verbunden mit dem Schicksal Europas.

Dies erlegt uns Deutschen eine große Verantwortung auf. Unsere geographische Lage, unsere Geschichte, aber auch das Gewicht von mehr als 75 Millionen Deutschen in einem Staat im Herzen Europas erhöhen diese Verantwortung noch. Dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist die europäische Berufung der Deutschen.

Die Politik der Bundesrepublik Deutschland ist dem Verständnis unseres Grundgesetzes folgend seit Bestehen unseres Staates Verantwortungspolitik. Das ist die Absage an die Machtpolitik der Vergangenheit. Die beiden deutschen Staaten wollen zum Motor einer Entwicklung werden, die die Spaltung Europas überwindet.

Die Deutschen in West und Ost sind sich schon seit langem einig: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, von deutschem Boden muß Frieden ausgehen."

Wir wollen den deutschen Vereinigungsprozeß in der Perspektive der Integration in der EG, des KSZE-Prozesses, der West-Ost-Stabilitätspartnerschaft, des Baues des gemeinsamen europäischen Hauses und der Schaffung der gesamteuropäischen Friedensordnung.

Wir suchen weder einen Alleingang noch einen deutschen Sonderweg. Wir wollen den europäischen Weg gehen.

Wir wollen eine sich dynamisch gestaltende Stabilität für ganz Europa. Wir appellieren an unsere Nachbarn

in West und Ost, mit uns diese europäische Perspektive zu eröffnen.

In einem solchen Stabilitätsrahmen kann sich der deutsche Vereinigungsprozeß vollziehen, ohne daß es zu einer Kräfteverschiebung oder Destabilisierung in Europa kommt.

Die deutsche Einheit wird es nicht ohne Europa geben. Ebensowenig wird es die Einheit Europas um die Deutschen herum geben. Die Deutschen in West und Ost haben sich auf Europa verpflichtet.

Das Zusammenwachsen der Deutschen in einem sich verändernden Europa ist für die Stabilität Europas genauso wichtig wie ein stabiler Rahmen für die revolutionären Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa.

Die Vereinigung beider deutscher Staaten soll ein Beitrag zur Stabilität in Europa sein. Sie ist der Erfolg einer gemeinsamen Politik des Westens, die von Anfang an auf eine Überwindung der Spannungen, auf Dialog und Zusammenarbeit und auf politischen Ausgleich gerichtet war.

Sie hat schließlich in der Konzeption der politischen Öffnung von Präsident Gorbatschow ihre konstruktive Antwort gefunden. Welche Aufgaben stehen vor uns?

Es gilt, die europäische Einigung in der EG voranzutreiben, die EG wird mehr und mehr zum Stabilitätsanker für ganz Europa und zur Hoffnung für die Völker Europas. Die Integration muß entschlossen vorangetrieben werden. Der gemeinsame Binnenmarkt ist genauso bedeutsam wie die Wirtschafts- und Währungsunion. Dazu kommen muß eine Regierungskonferenz für durchgreifende Fortschritte in den konstitutionellen Fragen. Die EG braucht zusätzliche Dynamik im Interesse des ganzen Europa.

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sollten die dynamische Integration der EG als Verpflichtung aus ihrer einzigartigen Partnerschaft begreifen. Es schließt niemanden aus und es setzt niemanden zurück, wenn ich feststelle, daß die deutsch-französische Partnerschaft zu den wertvollsten Errungenschaften der Nachkriegsgeschichte gehört — nach allem, was früher war.

Unsere deutsche Rolle im Europa der Zukunft hat Thomas Mann schon 1952 formuliert: „Wir wollen nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland."

Dieses europäische Deutschland will sich gemeinsam mit seinen Nachbarn in West und Ost den politischen, sicherheitspolitischen, ökonomischen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft stellen.

Bei der Herstellung der deutschen Einheit steht die Antwort auf die Frage, was vereinigt werden soll außer Frage. Vereinigt werden sollen die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und das ganze Berlin, und dies in den heute bestehenden Grenzen, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Ist diese Vereinigung vollzogen, so werden die Bestimmungen unserer Verfassung, die sich auf die Vereinigung beziehen, gelöscht.

Der Deutsche Bundestag hat sich in seiner Entschließung am 8. März 1990 (vgl. BULLETIN Nr. 34 vom 9. März 1990, S. 268) dafür ausgesprochen, daß die beiden frei gewählten deutschen Parlamente und Regierungen möglichst bald nach den Wahlen in der DDR eine gleichlautende Erklärung abgeben, die in ihrem Kern folgendes beinhaltet:

> Das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.

Wir sind uns bewußt, daß die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße eine grundlegende Bedingung des Friedens in Europa ist. Wir, das sind die Menschen in beiden deutschen Staaten. Die beiden frei gewählten deutschen Parlamente und die von diesen gewählten Regierungen werden sich dazu gemeinsam erklären.

Über Form und Garantie der Endgültigkeit der Grenze werden wir uns mit unseren polnischen Nachbarn verständigen. Es ist deshalb nur logisch, daß Polen teilnehmen wird, wenn im Rahmen des in Ottawa vereinbarten Mechanismus die Fragen erörtert werden, die insbesondere seine Grenzen berühren.

Außer Zweifel steht für uns auch, daß die Vereinigung Deutschlands die Sicherheitsinteressen aller Staaten in Europa berücksichtigen muß. Hierbei geht es um einen Fragenkomplex, bei dem wir im Interesse der Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit unserer Außenpolitik um ein Höchstmaß an Klarheit bemüht sind.

Die Zugehörigkeit eines vereinigten Deutschlands zum westlichen Bündnis wird ein Beitrag zur Stabilität für ganz Europa sein. Für das Gebiet der heutigen DDR sollten dabei Regelungen möglich sein, die auch die Zustimmung der Sowjetunion und der Nachbarn finden können.

Hier wird sehr viel neues Denken notwendig sein. Man sollte auch Gedanken nachgehen, die über das West-Ost-Denken, über den Antagonismus der Systeme, die die Vergangenheit beherrschen, hinausführen.

Wir wissen, daß die Wahrung der legitimen Sicherheitsinteressen auch der Sowjetunion — für die sich in dieser Zeit vieles ändert — größte Bedeutung hat. Wir werden der zentralen Bedeutung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses auch durch die Gestaltung des künftigen Verhältnisses Gesamtdeutschlands zur Sowjetunion Rechnung tragen.

Es ist nicht unser Wille, daß der Wandel in Osteuropa und auch der deutsche Vereinigungsprozeß zu einer sicherheitspolitischen Kräfteverschiebung führen. Wir wollen aus den Veränderungen in Mittel- und Osteuropa keine einseitigen Vorteile ableiten. Sicherheit gibt es nur gemeinsam und nicht zu Lasten einer Seite.

Eine Neutralisierung Deutschlands würde zu einer Herauslösung der Deutschen aus dem europäischen Kontext führen. Eine deutsche Neutralität würde die Rolle unterlaufen, die den Bündnissen bei der Schaffung einer dauerhaften und gerechten Friedensord-

nung notwendigerweise zufällt. Sie würde unerwünschte Unsicherheit und Instabilität in Mitteleuropa schaffen.

Die Lösung der sicherheitspolitischen Aspekte der deutschen Vereinigung wird ein hohes Maß an Behutsamkeit und Staatskunst verlangen. Sie wird in dem Maße erleichtert werden, in dem die Notwendigkeit eines Wandels der Bündnisse von einer bisher antagonistisch-militärischen hin zu einer sicherheitsbildenden-politischen Rolle von allen Seiten verstanden und akzeptiert wird. Eine solche Entwicklung wird Fragen lösbar machen, die heute noch unlösbar erscheinen. Ich werde auf den Rollenwechsel der Bündnisse noch eingehen.

Der deutsche Vereinigungsprozeß wird komplizierte Fragen aufwerfen, die nicht nur uns betreffen. Wir werden in den Gesprächen der beiden deutschen Staaten mit den für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächten die äußeren Aspekte dieses Prozesses besprechen. Dieser Rahmen ist in Ottawa vereinbart worden.

Wir suchen mit unseren Verbündeten, Partnern und Nachbarn einen kontinuierlichen Prozeß der Unterrichtung und Erörterung aller mit dem deutschen Vereinigungsprozeß verbundenen Fragen. Es ist offenkundig, daß davon unsere Verbündeten in der NATO wie unsere Partner in der EG und in der WEU betroffen sind. Das gleiche gilt in anderer Weise auch für die anderen Teilnehmer des KSZE-Prozesses.

Es ist unser Bemühen, daß die sechs Staaten des Ottawa-Verfahrens, dem Gipfel der 35 KSZE-Staaten ein Ergebnis präsentieren können, das in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki steht und als Stabilitätsgewinn für das ganze Europa empfunden wird.

Wir Deutschen können darüber hinaus wichtige Stabilitätsbeiträge leisten: Beide deutsche Staaten können in einer gemeinsamen Erklärung den Verzicht auf die Herstellung und den Besitz atomarer, chemischer und biologischer Waffen bekräftigen.

Die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, welcher Artikel des Grundgesetzes letztendlich zur Grundlage für die Vereinigung in Betracht kommt, berührt nicht die äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung.

Der staatsrechtliche Weg der Vereinigung kann die mit ihren äußeren Aspekten zusammenhängenden Fragen weder beantworten noch präjudizieren. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, wird sich die deutsche Einigung vollziehen können — unabhängig davon, welcher staatsrechtliche Weg gewählt wird.

Wir werden niemanden vor vollendete Tatsachen stellen, nichts wird hinter dem Rücken anderer geschehen. Schon vor der Vereinigung können beide deutsche Staaten vieles tun, das die äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung nicht berührt.

Das Zusammenwachsen und die Vernetzung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte ist in vollem Gang. Die Einheit von unten ist auf dem Weg. Es ist die Einheit der praktischen Schritte.

Die Regierungen beider deutscher Staaten stehen vor der Aufgabe, über die Herstellung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie über komplizierte Fragen der Rechtsanpassung Einvernehmen herzustellen.

Es gilt, große Anstrengungen für den Umweltschutz zu unternehmen. Es gilt, eine Verkehrsinfrastruktur und eine Telekommunikationsinfrastruktur aufzubauen, die zum Kern gesamteuropäischer Strukturen werden können. Der Neuanfang in der DDR bietet Vorteile, die auch von anderen genutzt werden sollten.

Unser Wille zu der aus dem Vereinigungsstreben verständlichen, umfassenden Zusammenarbeit mit der DDR und zur Hilfe für die DDR wird deshalb nicht zu Lasten unserer Zusammenarbeit und Hilfe für die anderen Staaten Mittel- und Osteuropas gehen.

Wenn wir jetzt darangehen, die künftigen Strukturen für Europa, vor allem aber die künftigen Sicherheitsstrukturen, zu entwerfen, müssen wir uns Klarheit über die Rolle der Bündnisse verschaffen. Sie sind jetzt schon dabei, von der Konfrontation zur Kooperation überzugehen.

Unsere Sicherheitspolitik muß erkennen, daß wir es im Warschauer Pakt mit Staaten zu tun haben, die sich auf den Weg zur Demokratisierung begeben haben. Die demokratische Revolution in Mittel- und Osteuropa hat damit den Boden für eine neue Sicherheitspolitik bereitet.

Die Herausforderung an unsere Zeit heißt: Sicherheit nicht im Gegeneinander, sondern im Miteinander. Sie heißt kooperative Stabilität. Wenn die Mitgliedstaaten zu immer mehr Kooperation finden, können und müssen sich auch die Bündnisse, denen sie angehören, verändern. Demokratisierung und Abbau von Bedrohungen gehen Hand in Hand.

Beide Bündnisse sind aufgerufen, ihre Rolle mehr und mehr politisch zu definieren und sich langfristig zu einem Instrument sicherheitsbildender Zusammenarbeit zu verbinden. Unser westliches Bündnis hat gerade in der gegenwärtigen Zeit wie auch für die Zukunft eine friedenssichernde und stabilisierende Funktion. Seine Bedeutung für den Abrüstungsprozeß wird zunehmen.

Die Bündnisse werden eine immer stärkere Rolle bei Vertrauensbildung und Verifikation übernehmen. Es wird sich erweisen, daß den Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen in der Perspektive der politischen Neuordnung Europas eine richtungsweisende Rolle zufallen wird. Transparenz, Offenheit und die Fähigkeit, einander richtig einschätzen zu können, sind ebenso wichtig wie die Reduzierung von Streitkräften und Waffen.

Sie sind Kernelemente unserer künftigen Sicherheitspolitik. Vertrauensbildung führt zu einer Kultur des Zusammenlebens, in der für Vorherrschaft und Bedrohung, für Feindbilder und Mißtrauen kein Raum bleibt.

Den Bündnissen NATO und Warschauer Pakt fällt künftig eine besondere politische Steuerungsfunktion zu: Die den Völkern Europas von den Bündnissen

gewährte militärische Sicherheit muß in einem ersten Schritt durch kooperative Sicherheitsstrukturen verstärkt werden.

In einem zweiten Schritt müssen die kooperativ strukturierten Bündnisse in einen Verbund gemeinsamer kollektiver Sicherheit überführt werden. Sie schaffen neue Strukturen der Sicherheit in Europa, von denen sie zunehmend überwölbt werden, in denen sie schließlich aufgehen können.

Lassen Sie uns im Zeichen des tiefgreifenden Wandels in Europa den Mut zu einer sicherheitspolitischen Vision finden: Wenn wir uns im Harmel-Bericht von 1967 auf die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa verpflichtet haben, gehört dann nicht auch wesensnotwendig die Bereitschaft dazu, sich in einer endgültigen Perspektive einem System gemeinsamer kollektiver Sicherheit einzuordnen?

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat zu diesem Zweck Voraussetzungen geschaffen, in die Beschränkung von Hoheitsrechten einwilligen zu können, „die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern".

Mit dem Abbau der Gegensätze und Spannungen wird die Notwendigkeit des Abbaus und der Reduzierung von Waffen und Streitkräften auf das zur Verteidigung unbedingt notwendige Mindestmaß nur noch dringlicher. Wenn nicht, dann werden die militärischen Potentiale zu einer Behinderung der politischen Entwicklung. Deshalb müssen wir Wien II schon jetzt vorbereiten.

Die Abrüstung wird zum Kern der Vereinigung Europas und der deutschen Vereinigung. Wir finden uns in unserer Auffassung bestätigt: Die riesigen in sich gefährlichen Ansammlungen von Waffen, insbesondere auf deutschem Boden, sind nicht die Ursache, sondern die Folge von Gegensätzen und Spannungen. Auf die konventionellen Abrüstungsverhandlungen Wien I müssen ohne Pause die Verhandlungen über Wien II folgen. Das gleiche gilt für die Wiener Verhandlungen über Vertrauensbildende Maßnahmen.

Wenn 1990 das Jahr der Abrüstung werden soll, dann müssen bei der vorgesehenen KSZE-Gipfelkonferenz im Herbst diesen Jahres die beiden Abkommen Wien I abgeschlossen werden. Das gleiche gilt für das weltweite umfassende Verbot der C-Waffen und für die 50prozentige Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen der USA und der Sowjetunion.

In die Verhandlungen in Wien II müssen auch die Streitkräfte der Stationierungsländer einbezogen werden. Mit dem Beginn der Implementierung von Wien I wird der Weg frei für die Verhandlungen über die nuklearen Kurzstreckenraketen. Auch die nukleare Artillerie muß in die Abrüstung einbezogen werden. Welche Funktionen sollen diese Waffensysteme in Zukunft noch haben?

Auch für Abrüstung gilt, daß sie den Anschluß an die politische Entwicklung nicht verlieren darf.

Ohne entschlossene Schritte zur Abrüstung wird es keine Einheit Europas und keine Einheit Deutschlands geben. Um diese Erkenntnis wird niemand herumkommen.

Zu den neuen gemeinsamen Aufgaben des Westens und des Ostens gehört es, die Reduzierung von Streitkräften und Waffen gemeinsam zu bewältigen und sich auch gemeinsam den ökonomischen, gesellschaftlichen, technologischen und ökologischen Herausforderungen der Abrüstung zu stellen.

Das atemberaubende Tempo der Entwicklungen in Europa, aber gerade auch im deutsch-deutschen Verhältnis läßt viele fragen, was Grundlage und Rahmen für die Entwicklungen in Europa sind. Es ist die Schlußakte von Helsinki, der KSZE-Prozeß muß jetzt seine volle Wirkung entfalten.

Im KSZE-Prozeß entsteht die Architektur Gesamteuropas. Die Schlußakte von Helsinki hat den Teilnehmerstaaten einen verbindlichen Verhaltenskodex für ihr friedliches Zusammenleben gegeben. Sie hat den West-Ost-Konflikt beherrschbar gemacht und seine Folgen für die Menschen gemildert.

Jetzt muß der KSZE-Prozeß eine neue Qualität und eine neue Dimension gewinnen. Ging es in der ersten Phase darum, das Zusammenleben der zwei unterschiedlichen Systeme in Europa möglich zu machen und die Trennung schrittweise zu überwinden, so müssen jetzt Grundlagen und Struktur für das eine Europa geschaffen werden.

Der West-Ost-Gegensatz verliert mit der Demokratisierung Mittel- und Osteuropas seine ideologische und mit der Abrüstung seine machtpolitische Grundlage. Verzahnung und Vernetzung werden das ganze Europa immer mehr zusammenführen. Nach dem Antagonismus und nach dem geregelten Neben- und Miteinander beginnt nun die Etappe, in der Europa seine Einheit findet und gestaltet.

Die KSZE-Gipfel-Konferenz im Herbst 1990, auf der die beiden Abrüstungsabkommen „Wien" unterzeichnet werden sollen, wird zum Ausgangspunkt eines neuen Kapitels in der europäischen Geschichte werden. Die 35 Staaten werden sich auf dem KSZE-Gipfel 1990 nicht mehr im Zeichen der Konfrontation begegnen.

Der Gipfel eröffnet die Möglichkeit, den Weg zu einer Friedensordnung in Europa zu konkretisieren und einen sicheren Stabilitätsrahmen zu schaffen, ein Sicherheitsnetz für die vorhersehbaren und nicht vorhersehbaren Entwicklungen auf unserem Kontinent.

Die Sowjetunion darf in diesem Europa nicht ausgeschlossen werden, sie gehört dazu. An der polnischen Ostgrenze beginnt Osteuropa und nicht Westasien.

Genauso bedeutsam ist die Rolle der USA und Kanadas für die künftige Struktur Europas und für seine Stabilität. Das westliche Bündnis verbindet die beiden nordamerikanischen Demokratien mit ihren europäischen Verbündeten, beide Staaten gehören zu den Teilnehmerstaaten des KSZE-Prozesses, aber ist das ausreichend?

Beide Großmächte, die USA und die UdSSR, sind dabei, ein neues kooperatives Verhältnis zu gestalten, sie empfinden sich nicht mehr gegenseitig als Bedro-

hung. Auch zur EG gestaltet die Sowjetunion ihr Verhältnis neu.

Ich denke, es ist an der Zeit, daß die USA und die Europäische Gemeinschaft zu einer neuen Definition dieses Verhältnisses finden, daß der Dichte, der Besonderheit, der Verbundenheit und der Wertegemeinschaft zwischen ihnen gerecht wird.

Die KSZE-Gipfel-Konferenz kann durch eine feierliche Bekräftigung der Prinzipien der Schlußakte von Helsinki neues Vertrauen bilden. Sie kann ihren Beitrag zu einer Stabilitätspartnerschaft auch dadurch leisten, daß sie den KSZE-Prozeß vertieft und Schritte in Richtung auf seine Institutionalisierung beschließt.

Dazu gehört die Entwicklung gesamteuropäischer Institutionen im Rahmen der KSZE. Auf dem Gebiet der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit wird die Einrichtung einer europäischen Verifikationsagentur und die Schaffung eines Konfliktzentrums ein Zugewinn an Friedenssicherung. In beiden Institutionen könnten die Bündnisse wichtige Funktionen im Rahmen ihrer neuen politischen Aufgaben übernehmen.

Die Verstetigung des KSZE-Prozesses könnte außerdem der Einrichtung eines Außenministerrates der KSZE-Staaten dienen, der in regelmäßigen Abständen tagt.

Schaffen wir eine stabile, auf Vertrauen gegründete Friedensordnung in Europa, in der kein Raum mehr bleibt, für Machtmißbrauch und Machtanmaßung, weil Machtpolitik abgelöst wird von Verantwortungspolitik, und weil verläßliche Strukturen der Sicherheit und umfassende Zusammenarbeit keinen Raum lassen für ein Verhalten, das gegen den Geist der Demokratie und des Friedens verstößt.

Die Entwicklungen zu einem besseren Europa müssen unumkehrbar werden, die neuen Mechanismen müssen verhindern, daß diese Entwicklungen gestört werden können. Das wird nicht mehr eine West-Ost-Aufgabe alten Stils sein, sondern Interesse und Aufgabe des neuen Europa.

Die Gipfelkonferenz der KSZE sollte auch Perspektiven für die künftige Struktur Europas entwerfen. Soll Europa konföderal gestaltet werden und soll diese konföderalistische Ordnung auf einen sich langfristig entwickelnden europäischen Föderalismus hinauslaufen?

Die Forderung Präsident Mitterrands nach einer europäischen Konföderation ist ein wichtiger und konstruktiver Beitrag.

Die KSZE-Gipfel-Konferenz kann zum Ausgangspunkt eines neuen Kapitels in der europäischen Geschichte werden. Das verlangt ihre gründliche Vorbereitung, die bald beginnen muß, das verlangt die Vertiefung und Institutionalisierung des KSZE-Prozesses.

Ich appelliere an alle Staaten, diese Bedeutung zu erkennen und den Gipfel konstruktiv vorzubereiten: Von allen Veränderungen, die Europa erfassen, ist die Chance zum Frieden die wichtigste.

Nutzen wir sie im Interesse unserer und nachfolgender Generationen, um eine Welt zu gestalten, die ein freundschaftlicher Bund freier Völker und demokratischer Staaten sein wird, in der Humanität und Brüderlichkeit Haß und Feindschaft verdrängen.

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Minister, der frühere britische Außenminister, David Owen, hat vor einigen Wochen einen Vorschlag gemacht, der möglicherweise für die Sowjetunion ein Verbleiben eines zweiten Deutschlands in den westlichen Bündnissen akzeptabler macht. Er hat vorgeschlagen, daß Deutschland zwar Mitglied der Bündnisse bleiben soll, aber die integrierte Militärstruktur verläßt und die Aufrechterhaltung amerikanischer Streitkräfte westlich der heutigen Demarkationslinie durch ein bilaterales Abkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten regelt. Und er hat außerdem vorgeschlagen, und das interessiert uns als Parlamentarier hier in der Westeuropäischen Union, daß die Streitkräfte anderer Länder innerhalb der WEU auf reziproker Basis auf dem deutschen Territorium präsent bleiben, wie auch im Ausgleich dazu deutsche Truppen auf dem Territorium anderer Mitgliedsländer der WEU. Wie bewerten Sie diesen Vorschlag?

In seiner Antwort unterstreicht Außenminister **Genscher,** *daß Vertrauensbildung für jede Neuregelung besonders wichtig sei. Die Integration der deutschen Streitkräfte in das westliche Bündnis sei ein wichtiger Faktor für die Stabilität in Europa. Für die Stabilität in Europa sei die Präsenz von US-Truppen in der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls unverzichtbar. Die Stationierung von US-Truppen sollte nicht Gegenstand eines deutsch-amerikanischen Vertrages sein, da das westliche Bündnis nicht allein ein deutsch-amerikanisches Bündnis sei. Der angesprochene Vorschlag der reziproken Stationierung von Truppen in Deutschland sei nachdenkenswert, aber dies sei nicht in erster Linie eine Frage, die sich an die Deutschen richte. Abschließend bekräftigt der Außenminister, daß Deutschland keinen Sonderstatus wolle, vor allem nicht die Neutralisierung, aber auch keinen anders gearteten Sonderstatus.*

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Direktors der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion und Mitglied des Ausschusses für internationale Angelegenheiten des Obersten Sowjet, Valentin Falin

(Themen: Chance der Schaffung eines stabilen Friedens in Europa — Rückblick auf 40 Jahre NATO und Warschauer Pakt — Haltung der UdSSR zur deutschen Wiedervereinigung — Überwindung der provisorischen und Schaffung langfristiger Strukturen als Garantie für die Sicherheit in Europa — Abschluß eines Friedensvertrages — Schaffung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen)

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Falin, als Historiker, der sich mit der Geschichte der internationalen Beziehun-

gen, insbesondere auch mit dem deutsch-sowjetischen Verhältnis in diesem Jahrhundert sehr intensiv beschäftigt hat, haben mich natürlich Ihre Ausführungen hinsichtlich der sowjetischen Bemühungen um eine Wiederherstellung der deutschen Einheit sehr interessiert. Ich möchte dieses nicht vertiefen, aber ich möchte hinzufügen, als sozialdemokratischer Abgeordneter, der, und da knüpfe ich an das an, was Herr Genscher gesagt hat, natürlich in der Auseinandersetzung zwischen West und Ost nicht nur einen machtpolitischen Konflikt sah, sondern natürlich auch einen tiefen ideologischen Konflikt, muß ich sagen, daß Begriffe, wie Wiederherstellung eines demokratischen und friedlichen Deutschlands für Sozialdemokraten mit einem gewissen Mißtrauen versehen worden sind, weil unter Stalin, und da beziehe ich nicht nur die Jahrzehnte seit 1945 ein, eine mörderische **Verfolgung des** sogenannten **Sozialdemokratismus** eingesetzt hatte, der nach 1945 in den meisten Ländern Osteuropas dazu geführt hat, daß die sozialdemokratischen Parteien unterdrückt worden sind. Und dies war nicht nur durch die nationalen kommunistischen Parteien dort, sondern einfach durch das Faktum, daß die Rote Armee dieses Territorium besetzt hat, und dieses hat zu Mißtrauen Anlaß gegeben. Wenn wir schon die Karten, auch im historischen Bereich offen auf den Tisch legen, können wir dies nicht verschweigen. Und ein zweites ist auch zu beachten, und dieses führt in die Problematik der jetzigen Zeit. Auch die Westmächte, auch Frankreich, auch die Benelux-Länder und andere Länder in Westeuropa, haben aus den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit nach 1945 die Konsequenz gezogen, daß dieses neu entstehende Deutschland nicht neutralisiert werden soll. Ob nur als Bundesrepublik oder als vereinigtes Deutschland, damit es nicht in die Versuchung geführt wird, die Politik der Zwischenkriegszeit bis hin zu Rapallo wieder aufzunehmen. Auch dieser Einsicht haben sich die sozialdemokratischen Vorschläge der 50er Jahre beugen müssen. Wir haben damals, schon lange vor der Sowjetunion, ein **europäisches Sicherheitssystem** vorgeschlagen, das **alle Teile Europas** umfaßt, und in das das vereinigte Deutschland eingebettet werden sollte. Das wollte ich zur Vorbemerkung sagen. Jetzt zu meiner Frage: Da wir dieses Konzept weiterhin vertreten und wir der Ansicht sind, daß die europäische Gemeinschaftsbildung langfristig nicht ohne und nicht gegen die Sowjetunion geschehen soll, stehen wir vor der Frage, können wir die Sowjetunion integrieren praktisch über den Ural hinaus bis Wladiwostok oder **wie soll die Integration der Sowjetunion** in den verschiedenen Bereichen — ich rede jetzt von langfristigen Konzeptionen — **geschehen?** Wie denkt sich die sowjetische Politik selbst ihre Zugehörigkeit zu Europa, soll sie sich nur auf die westlichen Republiken erstrecken und setzt dies nicht eine echte Föderalisierung der Sowjetunion selbst, nicht nur auf der staatlichen Ebene, sondern auf der Ebene der politischen Kräfte und der gesellschaftlichen Kräfte voraus. Das ist meine Frage.

Auf die Frage nach der Unterdrückung der sozialdemokratischen Parteien im Ostblock geht Direktor **Falin** *nicht ein. Zur Integration der UdSSR in die europäische Staatengemeinschaft betont er, daß eine wirtschaftliche Integration der Sowjetunion, insbesondere durch die Erdgasexporte, zum Teil schon gegeben sei. Die Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit müßten im Interesse aller geschaffen werden. Eine Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen, wie z. B. der ökologischen Entlastung, sei wünschenswert. Für eine Verbesserung der Zusammenarbeit sei aber vor allem Kapital erforderlich. Falin unterstreicht, daß es nach der Lösung der politischen Probleme eine* **weitere Öffnung der UdSSR nach Westeuropa** *geben werde.*

Büchner (Speyer) (SPD): Sie haben, Herr Falin, zu Recht die Frage gestellt, was sollen Waffen und Truppen eigentlich in einem Europa heute noch, in dem es keinen Krieg mehr geben kann, weil dies das Ende unseres Kontinents sein würde. Und Sie haben gesagt, wenn man dies verwirklicht, diese Erkenntnis, würde das allein für die technische Abrüstung drei bis fünf Jahre dauern, für die Umstrukturierung der beiden Pakte ebenso lange, und für den Aufbau einer europäischen Sicherheitsordnung sicher die gleiche Zeit. Außerdem haben Sie mit besonderer Betonung, das verstehe ich gut, auf die Verantwortung der Vier Mächte für ganz Deutschland hingewiesen, und Sie haben einen Friedensvertrag gefordert, der einen endgültigen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen würde. Nun wurde am vorigen Sonntag in der DDR gewählt.

Und welche Schlüsse man auch immer aus dem Wahlergebnis zieht, einer ist sicher unbestritten, daß es einen großen Willen gibt der meisten Menschen dort, eine Vereinigung Deutschlands möglichst schnell herbeizuführen. Sollte nun die aus dieser Wahl hervorgegangene Regierung oder sollten zukünftig in der DDR wieder zu schaffende Länder die Vereinigung beschließen, oder sollten die beiden deutschen Staaten in einem anderen Prozeß eine Vereinigung beschließen? Welche Qualität hätte eine solche Entscheidung für die Sowjetunion? Und in welchem Verhältnis, Herr Falin, stünde eine solche Entscheidung zu Ihrer Forderung nach einem Friedensvertrag? **Ist ein Friedensvertrag** Ihrer Meinung nach die **unverzichtbare Vorbedingung für die deutsche Einheit,** oder kann die deutsche Einheit sich vor der Schaffung eines Friedensvertrages vollziehen?

Direktor **Falin** *bestätigt, daß der Wille der beiden deutschen Staaten zur Wiedervereinigung vorhanden sei. Die UdSSR erkenne diesen Willen an und stimme einer Wiedervereinigung grundsätzlich zu. Die* **„Zwei-plus-Vier"-Verhandlungen** *seien der geeignete Rahmen, um Form und Inhalt der* **Neuvereinigung** *abzustimmen und gleichzeitig die legitimen Interessen der anderen Nationen zu wahren. Die „Zwei-plus-Vier"-Konferenz müsse auch dazu dienen, die Prinzipien für einen* **Friedensvertrag,** *der von der gesamtdeutschen Regierung unterzeichnet werden solle, festzulegen. Der Friedensvertrag müsse unter anderem eine Regelung der Grenzfragen und einen Verzicht auf ABC-Waffen enthalten. Ein derartiger Friedensvertrag sei kein klassisches Sieger-Verlierer-Dokument, sondern stelle den Beginn qualitativ neuer Beziehungen dar. Er bilde das Fundament für partnerschaftliche und gleichberechtigte Beziehungen Deutschlands mit der UdSSR und den anderen Nationen in Europa.*

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Generalsekretärs der WEU, Willem van Eekelen

(Themen: Politische Veränderungen in Osteuropa — Rolle der WEU angesichts der gegenwärtigen Entwicklung — Europäische Gemeinschaft als Modell für Osteuropa — deutsche Einheit — Fortsetzung des KSZE-Prozesses)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333